IWH-Insolvenztrend: Keine Insolvenzwelle, aber mehr Firmenpleiten als im Vorjahr zu erwarten

Halle (Saale). Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland liegt laut IWH-Insolvenztrend im Juli bei 710. Das sind so viele Fälle wie im Juni, aber 11 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die Frühindikatoren des IWH lassen für die kommenden beiden Monate 20 Prozent höhere Insolvenzzahlen als im Vorjahr erwarten. Aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds wird auch für das Gesamtjahr mit einem höheren Insolvenzaufkommen gerechnet. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 lag die Zahl der Insolvenzen auf Vorjahresniveau.

Die Analyse des IWH zeigt, dass in den größten 10 Prozent der Unternehmen, deren Insolvenz im Juli gemeldet wurde, 4 400 Arbeitsplätze betroffen ware. Die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze liegt damit unter dem Niveau der Vormonate und des Vorjahres. Der Anteil der Arbeitsplätze in der Industrie an allen betroffenen Arbeitsplätzen liegt im Juli mit 46 Prozent deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Damit setzt sich ein Trend fort, der Ende 2021 begonnen hat.

Steigende Preise für Energie, Vorleistungsgüter und Löhne sowie steigende Refinanzierungskosten stellen viele Unternehmen vor Probleme. Hinzu kommt, dass die Coronakrise die zuvor weitgehend robuste Eigenkapitalausstattung der Unternehmen angegriffen haben dürfte. „Vor dem Hintergrund der Vielzahl ökonomischer Probleme und Unwägbarkeiten ist in den nächsten Monaten mit höheren Insolvenzzahlen als im Vorjahr zu rechnen“, sagt Steffen Müller, Leiter der IWH-Abteilung Strukturwandel und Produktivität und der dort angesiedelten Insolvenzforschung. Dennoch: „Eine Insolvenzwelle ist trotz der steigenden Risiken nicht in Sicht“, so Müller.